



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

152 (31.3.1926) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-228824](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-228824)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung von 100 Haus oder durch die Post monatlich 2.50 oder vierteljährlich 7.00. Bei sonstiger Lieferung der wöchentlichen Beilagen 17.50. Karlsruher Hauptgeschäftsstelle E. B. 2. — Geschäfts-Verwaltung: Hauptstraße 6. Scherzingerstraße 24. Kreisstraße 11. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Telefon: 1000. 1001. 1002. 1003. 1004. 1005. 1006. 1007. 1008. 1009. 1010. 1011. 1012. 1013. 1014. 1015. 1016. 1017. 1018. 1019. 1020. 1021. 1022. 1023. 1024. 1025. 1026. 1027. 1028. 1029. 1030. 1031. 1032. 1033. 1034. 1035. 1036. 1037. 1038. 1039. 1040. 1041. 1042. 1043. 1044. 1045.

Anzeigenpreise nach Tarif der Bureauvermittlung pro Linie. Kolonialzeitung für Kolonial-Anzeigen 0.40. — 4. — 10. — 15. — 20. — 25. — 30. — 35. — 40. — 45. — 50. — 55. — 60. — 65. — 70. — 75. — 80. — 85. — 90. — 95. — 100. — 105. — 110. — 115. — 120. — 125. — 130. — 135. — 140. — 145. — 150. — 155. — 160. — 165. — 170. — 175. — 180. — 185. — 190. — 195. — 200. — 205. — 210. — 215. — 220. — 225. — 230. — 235. — 240. — 245. — 250. — 255. — 260. — 265. — 270. — 275. — 280. — 285. — 290. — 295. — 300. — 305. — 310. — 315. — 320. — 325. — 330. — 335. — 340. — 345. — 350. — 355. — 360. — 365. — 370. — 375. — 380. — 385. — 390. — 395. — 400. — 405. — 410. — 415. — 420. — 425. — 430. — 435. — 440. — 445. — 450. — 455. — 460. — 465. — 470. — 475. — 480. — 485. — 490. — 495. — 500. — 505. — 510. — 515. — 520. — 525. — 530. — 535. — 540. — 545. — 550. — 555. — 560. — 565. — 570. — 575. — 580. — 585. — 590. — 595. — 600. — 605. — 610. — 615. — 620. — 625. — 630. — 635. — 640. — 645. — 650. — 655. — 660. — 665. — 670. — 675. — 680. — 685. — 690. — 695. — 700. — 705. — 710. — 715. — 720. — 725. — 730. — 735. — 740. — 745. — 750. — 755. — 760. — 765. — 770. — 775. — 780. — 785. — 790. — 795. — 800. — 805. — 810. — 815. — 820. — 825. — 830. — 835. — 840. — 845. — 850. — 855. — 860. — 865. — 870. — 875. — 880. — 885. — 890. — 895. — 900. — 905. — 910. — 915. — 920. — 925. — 930. — 935. — 940. — 945. — 950. — 955. — 960. — 965. — 970. — 975. — 980. — 985. — 990. — 995. — 1000.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Frankreichs Prestige in Marokko

Die Kernfrage

In einem Leitartikel schreibt die „Daily News“, das französische Prestige sei in Marokko gegenwärtig sehr gering. Unschwer ist es zu sehen, daß die Niederwerfung der Rifkabylen als das Schicksal des großen französischen Kolonialreiches in Frage.

Diese Auffassung ist zweifellos zutreffend. Aus dem gleichen Gefühl heraus hat auch offensichtlich die gestrige Beratung bei Briand mit den Ministern festgestellt, über die im Mittageblatt bereits berichtet wurde. Das „Journal“ weiß noch zu melden, daß man sich vor allem mit den Maßnahmen zur Herstellung des Friedens befaßt habe. Frankreich und Spanien seien darin einig, das gegenwärtige Status quo zu erhalten, also über die Gewährung gewisser Verwaltungs- und Wirtschaftskonzessionen an die Riffstämme nicht hinauszugehen. Die Riffkabylen müßten die Souveränität des Sultans formal anerkennen. Die Stämme müßten entwaffnet werden und Frankreich wie Spanien die Polizeikontrolle in ihren Zonen übergeben. Nach dem „Petit Parisien“ haben Zeugen berichtet, daß Abd el Krim bereit, die Souveränität des Sultans anzuerkennen, wenn eine gewisse Autonomie den Riffkabylen gewährt würde.

In Erwartung des Angriffs

Nach einer im „Matin“ veröffentlichten Meldung aus Fez sind die Riffkabylen, deren Angriff man demnächst erwartet, wie folgt gruppiert: 1. gegen Bibane und Kelos de Sieb, 2. an der Grenze des Wohnsitzes der Beni Marzouq, deren Posten in der Nacht beschossen wurden und 3. am Rande des Gebietes der Beni Warah. Von welchem Punkt der Angriff ausgehen werde, könne man nach nicht sagen, doch lassen gewisse Anzeichen die Deutung zu, daß der Posten von Bibane und die Gegend von Lafrant das erste Ziel seien.

Frankreichs Schwierigkeiten in Marokko

Der Vertreter der „Times“ in Marrakech weist in einem Interview Bericht sehr eindringlich auf die Schwierigkeiten hin, die Frankreich in diesem Jahre in Marokko bevorstehen. Nach seinen Beobachtungen ist es jetzt schon vollkommen klar, daß Abd el Krim die Offensiv im Rifgebiet wieder ergreifen

wird, sobald die Wetterverhältnisse und der Fastenmonat Ramadan es gestatten. Die Riffkabylen sind an mehreren Stellen der Front bereits in Tätigkeit getreten und entsaften von neuem ihre jahrelange Geduld, plötzlich hinter den französischen Linien aufzutreten und die Verbindung zwischen der Gasse und der Front abzuschneiden. Die wiedererwachte Aktivität Abd el Krims macht sich sofort in der Haltung der Stämme im Rifgebiet bemerkbar. Gewisse Stämme, die sich im vorigen Monat den Franzosen unterworfen haben, beginnen wieder schwankend zu werden, da sie wissen, was ihnen von Abd el Krim droht, wenn sie sich mit den Franzosen einlassen. Deshalb hält man auch die günstige Beurteilung der Lage in Madrid und Paris in Marokko selbst keineswegs für richtig. Abd el Krim hat genug nicht mehr dieselben Mittel der Kriegsführung wie im vorigen Jahre. Manche Stämme der Riffkabylen leiden wohl auch an Rohrnahrungsmangel. Aber die Anhänger doch fest entschlossen, sich für ihren Führer und ihre Sache wieder mit Gut und Leben einzusetzen.

Auch in den bisher ruhig gebliebenen Teilen Marokkos greift unter den Eingeborenen eine

große Mißstimmung gegen Frankreich

Woh. Zum großen Teile hängt das mit dem Sinken der französischen Währung zusammen, die in Marokko eingeführt worden ist. Die Marokkaner haben es erlebt, daß der Franc auf weniger als den fünften Teil seines Wertes gesunken ist und daß ihr Vermögen dadurch gleichfalls eine starke Entwertung erlitt. Abgesehen von den Riffkabylen sind die Arbeiterlöhne kaum gestiegen. Die Folge davon ist, daß die arme einheimische Bevölkerung schwer um ihr Dasein zu kämpfen hat. Bei den Marokkanern befestigt sich mehr und mehr die Überzeugung, daß die Einführung der französischen Währung in Marokko ihnen den größten Teil ihres Vermögens und ihres Einkommens gekostet hat.

Ein erheblicher Grund der allgemeinen Mißstimmung liegt ferner darin, daß die französische Ansiedlung in Marokko im großen Maßstab durchgeführt werden soll. Zu diesem Zwecke soll die marokkanische Regierung veranlaßt werden ausgedehnte Ländereien, die gegenwärtig von Marokkanern, wenn auch unzureichend bestellt werden, französischen Ansiedlern auszuliefern. Ueber diese Maßnahmen sind mehrheitlich übertriebene Berichte im Lande verbreitet und die Marokkaner die Befürchtung, daß das Land durch die Franzosen für ungenügend und unrentabel mit dem Protektoratsverhältnis halten, so geben die Wogen der Erregung hoch. Die Franzosen werden den Rückschlag dieser Stimmung in diesem Jahre noch zweifelhaft verspüren.

Politischer Schleichhandel in Baden

Der badische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung das Gesetz über die Lehrerbildung auch in zweiter Lesung mit denselben Stimmzahlen, wie sie sich schon in der ersten Lesung ergaben, endgültig angenommen. Das Ergebnis bedeutet nicht gerade eine Ueberraschung, denn für jeden, der sich in den Gesetzen „politischer Dynamik“ in Baden ein wenig auskennt, war es von vornherein klar, daß Herr Marum, der Vater dieses gescheiterten Gesetzes, nicht rendieren würden. Trotz Mannheimer Opposition, trotz Landesverband, trotz erregter Pressepolitik in den eigenen Reihen! Dennoch wird es zweifellos, namentlich in der nordbadischen Sozialdemokratie, viele gegeben haben, die doch noch an den Sieg der besseren Einsicht glaubten. (Besonders prinzipiell wird die Haltung der Landtagsfraktion für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die sich in ihrer nächsten Hauptversammlung einmal die Frage vorlegen dürfte, weshalb und zu welchem Zweck sie eigentlich gegründet worden ist, nachdem ihr schönes Kulturprogramm durch die eigene Fraktion so schmählich in Fetzen gerissen worden ist). Im übrigen hat es weiter keinen Zweck, daß wir uns über den Kulturverrat der Sozialdemokratie ereifern. Das besorgt in ausgiebigerem Maße und auch in robusterer Tonart die sozialdemokratische Presse Badens von allein. Wir begnügen uns mit der Feststellung der absoluten Hörigkeit der Sozialdemokratie vom Zentrum, und werden uns in Zukunft darnach richten.

Das Entscheidende für uns liegt im übrigen nicht in der eigentlichen Schlussabstimmung, sondern in der Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der völksparteilich-demokratischen Entschliessung, die nach der Abstimmung eingebracht wurde. Sie besagte nämlich, der Landtag wolle seine Zustimmung dahin kundgeben, daß die zu errichtenden Lehrerbildungsanstalten keine konfessionellen, sondern simultane Anstalten seien und daß daher bei der Auswahl der Lehrer in erster Linie auf die wissenschaftliche und pädagogische Eignung, nicht auf konfessionelle Zugehörigkeit Rücksicht zu nehmen sei und daß bei der Zumeilung der Schüler nur praktische Erwägungen maßgebend sein dürfen. Wenn etwas in das „Kulturprogramm“ der Sozialdemokratie hineingepaßt, dann sind es doch wahrlich die in dieser Entschliessung niedergelegten Anforderungen. Es kann ruhig zugegeben werden, daß sie zu dem Zweck eingebracht wurde, damit die Sozialdemokratie Farbe bekannete. Das hat sie denn auch getan, allerdings nicht die rote, sondern die schwarze. Denn Herr Marum tat noch ein Übriges, indem er einen Gegenantrag einbrachte, wonach diese Entschliessung durch die Annahme des Gesetzes für erledigt erklärt werden solle. Weiter benutzte man die Feinheiten der Geschäftsordnung, indem man den Antrag Marum als Änderungsantrag zu der Entschliessung formulierte. Da über derartige Anträge zuerst abgestimmt werden muß, wurde er mit der bestehenden schwarz-roten Mehrheit angenommen, sodas dadurch die ganze Entschliessung von vornherein erledigt war und überhaupt nicht mehr über sie abgestimmt wurde. „Oh, wir sind klug und weise!“

Dieser ersten keinen Schiebung folgte alsbald eine zweite, größere. Der Artikel 23 der badischen Verfassung sieht unter gewissen Voraussetzungen die Bestätigung eines vom Landtag angenommenen Gesetzes durch eine Volksabstimmung vor. Ausgeschlossen von der Volksabstimmung sind jedoch Gesetze zur Erhaltung des öffentlichen Friedens, der öffentlichen Gesundheit, Sicherheit und Ordnung, wenn sie vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit als dringend erklärt sind. Die Mehrheit brachte nun den entsprechenden Dringlichkeitsantrag ein, der mit 41 gegen 15 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen wurde. Damit war aber die vom Gesetz bestimmte Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Das Gesetz über die Lehrerbildung hätte also, gemäß der Verfassungsbestimmung, erst nach Ablauf einer Frist von drei Monaten in Kraft treten können. Was geschah? Die Bürgerliche Vereinigung (1) behielt der Mehrheit eine goldene Weife, indem sie erklärte, der Meinung gewesen zu sein, daß die Stimmzahlungen bei der Gesamtzahl der Abstimmenden nicht mitgezählt würden. Rummebraten Dr. Schofer beharrte auf dem Standpunkt der Entschliessung. Er bewies die Unrichtigkeit der deutlichen Aussagen und führte dadurch einen Wechsellieblichkeit des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen Vereinigung herbei, sodas also die nötige Zweidrittelmehrheit schon mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien allein erreicht war. Auf diesem nicht mehr ganz ungewöhnlichen Wege des politischen Schleichhandels hat also das Zentrum seinen Willen durchgesetzt und die Lehrerbildungsvorlage in die Scheweer gefahren, dank den Vorkampfdiensten der Sozialdemokratie, die damit auf ihre Weise darzutun hat, wie sie das Erde Frankreich und Kolben „hüten“. In Baden hat, wie es einfaches Deutsch überseht, bedeuken fortan Herrn Marums klassische Worte von der „politischen Dynamik“. Damit die Sozialdemokratie in der Regierung bleibt, tut sie alles, was das Zentrum will. Herrlichen Zeiten in Baden führen und beide entgegen!

Um die bittere Pille ein wenig schmackhafter zu machen, hatte vorher der Finanzminister Dr. Köhler eine Lohnnahme auf den defizitären Haushaltsvorschlagn angestimmt. Wenn die Dinge so liegen, wie er sie darstellt, wird man sich mit ihnen einverstanden erklären können. Im Grunde genommen ist es erst durch die Verteilung auf zwei Jahre gelungen, rein rechnerisch das doch vorhandene Defizit wieder auszugleichen. Immerhin ist es erfreulich, daß Badens Etat im Gleichgewicht ist und das Land keine eigentliche Staatsschuld zu tragen hat. Das sich Herr Dr. Köhler in einem Punkte aber selber widersprochen hat, muß doch hervorgehoben werden. Er hat den defizitären Haushalt als den stärksten Grund für die Effizienzberechtigung Badens dargestellt und betont, das aus finanziellen Gründen eine Auflösung Badens und eine Aufhebung seiner staatlichen Selbständigkeit nicht erforderlich ist. In diesen Worten ist ein kleiner Hieb gegen das benachbarte Hessen enthalten, dessen demokratischer Finanzminister Henrich bekanntlich vor einiger Zeit die gerade funktionell wirkende Mitteilung machte, das die Finanzkrisis in Hessen die Effizienz des Landes in Frage stelle und man möglicherweise dazu übergehen müsse, Hessen zu einer Reichsproving zu machen. (Warat-

Die Freigabe deutschen Eigentums in Amerika

Der Gesandtschaft zur Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten von Amerika ist, wie berichtet, dem Kongress zugegangen, wo er zunächst in einem Ausschuss des Repräsentantenhauses, dann in diesem selbst und schließlich im Senat beraten werden wird. Da die Regierung zu dem Gesandtschaftsurteil ihre Zustimmung bereits gegeben hat und niemand an seiner Verabschiedung zweifelt, so kann die Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika jetzt nicht nur als sicher gelten, sondern man kann auch annehmen, daß sie noch im Laufe dieses Jahres erfolgt. Nachdem die amerikanische Regierung bereits früher die deutschen Vermögens bis zu 10 000 Dollars freigegeben hat, wird mit der Verabschiedung des erwähnten Gesandtschaftsurteils die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu einem befriedigenden Abschluß gelangt sein.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erkennen durch die geplante gesetzliche Regelung den Grund des Privateigentums auch dem Kriegesrecht gegenüber an. Das ist gewiss keine Tat, die man in besonders hohen Tönen zu feiern hätte. Aber es ist doch ein Verhalten, das sehr vortheilhaft von dem unserer andern ehemaligen Kriegsgegner absteht. Die Ententestaaten haben deutsches Eigentum in ihren Ländern einfach beschlagnahmt und liquidiert. Sie haben es in den großen Lapp der deutschen Entschädigungsberechnungen geworfen, wo es in den meisten Fällen nur durch einen ganz geringen Teil seines wirklichen Wertes zur Geltung kam. Man überließ es dem Deutschen Reiche, die enteigneten Besitzer der beschlagnahmten Vermögen zu entschädigen. Polen hat ebenfalls das Recht der Liquidation deutschen Eigentums, auch die beschlagnahmten Vermögenswerte aber entschädigen. Die Fälle, die auf deutsche Beschwerde hin vor dem gemischten Schiedsgerichtshof behandelt worden sind, beweisen mehr als genug, wie betrügerisch die Liquidationsbehörden dabei verfahren. Von diesem Hintergrund der rohen Gewalt und des Truges hebt sich das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika denn doch in sehr günstigen Licht ab.

Die Vereinigten Staaten sind eigentlich der einzige unserer ehemaligen Kriegsgegner, der die Grundfrage von Recht und Billigkeit nicht aus dem Auge verloren hat. Die Vereinigten Staaten haben bisher das deutsche Eigentum in Amerika als ein Pfand betrachtet, das ihren Ansprüchen und den Ansprüchen amerikanischer Staatsbürger auf Kriegschadensersatz zur Deckung dienen sollte. Dieses Pfand glaubt die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht mehr nötig zu haben, nachdem die deutschen Leistungsverpflichtungen durch den sogenannten Dawesplan fest geregelt worden sind. Sie ehrt dadurch die Ueberlichkeit, die den Vereinigten Staaten an diesem Plane zukommt. Denn sie beweist nunmehr durch die Tat, daß sie die internationale Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen als eine sichere Zukunftsbürgschaft betrachtet, sicher genug, um den Verzicht auf das beschlagnahmte deutsche Eigentum zu gestatten. Das amerikanische Schachamt jährt die eigenen Beiträge aus, die durch Gerichtsentscheidungen den amerikanischen Staatsbürgern als Entschädigung zuerkannt worden sind, ein Betrag, der sich auf etwa 180 Millionen Dollars belaufen wird. Dieser Betrag sollte die Entschädigungssumme, die die Regierung der Vereinigten Staaten von Staatenwegen in Anspruch nimmt, werden aus den deutschen Jahresleistungen gedeckt. Das beschlagnahmte deutsche Privatvermögen aber wird, sobald das Gesetz verabschiedet ist, von dem Treuhänder an diejenigen Personen oder Wirtschaften zurückgegeben, die es am 8. Oktober 1917, dem Tag der Beschlagnahme, besaßen. Es werden lediglich die bisher aufgelaufenen Zinsen beschlagnahmter deutscher Gelder im Betrag

von 20-30 Millionen Dollars zurückbehalten, um mit zur Tilgung der Entschädigungsansprüche der Vereinigten Staaten verwendet zu werden. Die früheren deutschen Eigentümer von beschlagnahmten Schiffen, Kunststücken und Patenten sollen bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen Dollars entschädigt werden!

Die Freigabe des deutschen Vermögens in den Vereinigten Staaten von Amerika ist nicht nur ein Sieg des Rechtsgedankens, sondern auch ein Ereignis von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Es werden ganz erhebliche Kapitalbeträge und Vermögenswerte frei, die an die deutsche Wirtschaft zurückgehen und dem deutschen Kapitalmangel mindestens zu einem Teil abhelfen werden. Diese Auffrischung ist umso wertvoller, als die freigegebenen deutschen Vermögenswerte nicht in wenigen Händen liegen, sondern durch tausend Kanäle der deutschen Wirtschaft zufließen werden.

Tagung der auslandsschädigten Inland-deutschen

Die freie Interessentretung der im Ausland geschädigten Inland-deutschen hielt in Berlin in der Industrie- und Handelskammer ihre Generalversammlung ab. Ueber die Tätigkeit und die Aemter des Vereins führte der Geschäftsführer Dr. Frantow u. a. aus: Die Interessentretung wahrnehmung erleidet durch eine Arbeitsgemeinschaft mit den Vereinen der Kolonialdeutschen, Auslandsdeutschen, Norddeutschen und Elb- u. Ostdeutschen. Die Verhandlungen erfordern mit dem Reichsfinanzministerium und dem Entschädigungsamt des Reiches. Die wichtigsten Forderungen betrafen sich auf 500 Millionen. Nach erfolglosen Verhandlungen bot der damalige Reichsfinanzminister von Schöleren 270 Millionen Mark. Diese Summe sollte für Nachschadensabtrag und für Wiederaufbauarbeiten dienen. Dieser Betrag reichte jedoch nicht aus. Anfang dieses Jahres erfolgte freiwillig vom Reichsfinanzministerium eine Bewilligung von weiteren 100 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, das 320 000 Anträge von Auslandsgeschädigten vorliegen. Die bewilligte Summe ermöglichte zunächst eine wohlwollende Behandlung der Anträge, ließ aber gewisse Fragen der Wiederaufbauarbeiten unberücksichtigt. Der neue Reichsfinanzminister hat zugelagt, daß er versuchen wolle, im Wege der Anleihe neue Mittel für diese Zwecke aufzubringen, schon aus der Tendenz heraus, den Export neu anzukurbeln. Die Wirtschaftsverbände unterstützen ihn in dieser Richtung. Die endgültige Regelung der Angelegenheit wird von der Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichts abhängen. Die deutsche Regierung hat seinerzeit bei der Reparationskommission der Antrag gestellt, die Entschädigung auf die Jahreleistungen des Friedensvertrages anzurechnen. Die Reparationskommission hat diesen Antrag abgelehnt, jedoch ein Schiedsgericht sich mit der Frage befaßt wird. Dieses Schiedsgericht hat in verschiedenen anderen Fragen schon Entscheidungen gefällt, die für uns günstig ausgefallen sind. Falls diese Entscheidung zu Gunsten der deutschen Regierung aus, dann ist auch die Frage für die Auslandsgeschädigten günstig geregelt.

Die Senfer Einladung

□ Berlin, 31. Dezember. (Von unserem Berliner Büro.) Der heute mittag stattfindende Kabinettsrat wird sich mit der Einladung zur Studienkommission zur künftigen Gestaltung des Wiederverbundes beschäftigen. Es ist allerdings sehr fraglich, ob bei dieser Gelegenheit schon ein Beschluß gefaßt werden kann. Von wogebender Seite wird betont, daß die Angelegenheit auch nicht so dringend sei.

teristisch war es damals, daß einige demokratische Zeitungen diese Entwicklung zu begrüßen schienen, weil sie in den propagierten Einheitsstaat mündeten. Dr. Köhler erweist sich in seinen Feststellungen als guter Föderalist, stellt sich damit aber in schroffen Widerspruch zu den „Idealen“ des Reichsbanners, zu dessen prominenten Führern er bekanntlich gehört, und zu seinem Ministerkollegen Kammeler, der, wie einmütlich, auf der vorjährigen Reichstagsversammlung in Magdeburg mit Schagen einen badiſchen Grenzpaß auf dem Schellerhäusen verbrennen sah. Wer ist nun stärker: der Unitarier Köhler oder der Föderalist Köhler? Wir bekennen uns zu dem Standpunkt, den der Finanzminister in seiner Klatsche eingenommen hat. Die Selbständigkeit Badens gehört mit zu jenen Programmpunkten des Liberalismus, die mir nicht aufgeben werden. Wir können aber das Bedenken nicht verhehlen, daß uns die gegenwärtige schwarz-rote Koalition nicht unbedingte populäre Sicherheit verbürgt, daß nicht auch eines Tages politische Scheidhandelsgeſchäfte in dieser Hinsicht vorkommen werden. Am Auf- und Ausbau der badiſchen Finanzen wird die liberale Opposition selbstverständlich mitarbeiten. In allen anderen Fragen aber gibt es für sie nur eins: Schärſten Kampf!

Bittere Wahrheiten

für Herrn Barum und seine Schar enthält bereits die heutige „Volksstimme“, die ihren Parteigenossen u. a. folgendermaßen die Begegnung liest:

„Es hätte nicht so gehen brauchen, wenn wir schon zuvor innere und äußere Festlegungen erfolgt wären, an die sich jeder einzelne gebunden fühlte, die aber damit den ganzen Sinn der Einrichtung der zweiten Kammer einfach illusorisch machten. Sich den Einwirkungen, sei es vor der endgültigen Formulierung eines Gesetzentwurfes, sei es während seiner Beratung, zu widersetzen, heißt die Gesetzgebungsarbeit aus dem Rahmen aller Demokratie ausmachenden Verhältnis und Zusammenhang mit der Öffentlichkeit aus dem Volke lösen und stellt eine atomistische Vertiefung in die dunklen Hallen einer in einem demokratischen Staate unmöglichen Kabinetts-Politik früherer Zeiten dar. ... Auch wenn man alle politisch-taktischen und parteidynamischen Momente in Berücksichtigung zieht, so kann dennoch nicht anerkannt werden, daß sich die Vorlage, so wie sie dem Landtag zugegangen und ohne wesentliche Änderung schließlich verabschiedet worden ist, wie etwas Unvermeidbares, aus dem Zwange der Lage Geborenes auf das badiſche Volk herabgeschickelt hat. Von einer solchen Zwangslogik kann nur sprechen, wer selbst die Rege geknüpft hat, in denen er sich schließlich so verstrickt hat, daß er sich nicht mehr aus ihnen lösen konnte.“

Der Kampf um das Lehrerbildungsgesetz hat leider den Erfolg nicht gezeitigt, den er bei einigem Verständnis auch auf der anderen Seite noch hätte haben können. Wir stellen das mit den tiefen Bedauern derer fest, die voraussehen, daß die Annahme dieses Gesetzes in unerbittlicher Gestalt nicht nur eine schwere Belastung für unsere Partei darstellt und die Partei in einen Ruf bringt, der ihrem ganzen bisherigen inneren Wesen nicht gemäß ist, daß sie deshalb auch schwer zu ringen haben wird, bis sie den Boden wieder zurückgewonnen haben wird, der ihr durch diesen Rückschlag verloren gegangen ist; sondern zugleich auch, weil seine Auswirkungen auf Schule und Kultur zu den größten Befürchtungen Anlaß geben, weil hier, da die Vorlage nun einmal Gesetz geworden ist, die weitere praktische Entwicklung in die ersten Bande der Zwangslaufzeit des „Geistes“ oder besser Ungeistes geraten ist, aus dem sie geboren ist.

Mit dem Aufhören des Gesetzes — wach peinliches Schauspiel nach der Kampf um die sogenannte „Dringlichkeit“ — tritt die badiſche Lehrerbildung in eine neue Phase ein. In manchen Einzelheiten mag der neue Zustand etwas Besseres im Vergleich zum Bisherigen darstellen: im Wesentlichen und Entscheidenden in der ganzen Orientierung, kann man leider auch bei bestem Willen nicht von einem Fortschritt reden. Nachdem das Zentrum errungen hat, was es gestern errungen hat, wird es sich es wohl für lange nicht wieder nehmen lassen und die „politische Dynamik“ möchten wir sehen, die in absehbarer Zeit im Landtag das Kräfteverhältnis so von Grund auf umgestalten könnte, daß dann eine Aufhebung der entscheidenden Punkte des Gesetzes in den Bereich der Möglichkeit rücken würde.

So schlecht die vorläufige Bilanz der badiſchen Politik für die Sozialdemokratie und alle kulturell interessierten Kreise leider stark negativ ist und sich erheblich gehäufte Kräfte und schwerere Arbeit bedürfen, dieses Manuskript wieder auszugleichen, als in Wirklichkeit gefehlt werden mußten, um diesen Zustand herbeizuführen.

Die Naphtha-Verhandlungen in Paris

Die Bedeutung der gegenwärtig in Paris stattfindenden Verhandlungen des Präsidenten des russischen Naphtha-Syndikats, Romanoff, erbellt aus der Tatsache, daß auch die Leiter der großen Weltölkonzerne in Paris anwesend sind. So sind, wie wir erfahren, der Präsident der Standard Oil Company Texas und der Präsident der Shell Dutch-Grupe Desereina mit einem ganzen Stabe von Mitarbeitern und Vertretern der Anol-Verken Comcam in Paris eingetroffen.

Das Rätsel von Moldenberg

Roman von H. v. Blumenthal

(Nachdruck verboten.)

Der Schreden fuhr ihm in alle Glieder als er wahrnahm, daß Franze ihm folgte, und ihn offenbar sprechen wollte. Der alte Mann, der ihn im Korridor überholte, warf über die Schulter einen schnellen Blick nach den Leuten, die des Weges kamen, und schlich sich nach dem vierständigen Sitzung ihre Beine wieder strecken zu können. Unter ihnen befand sich der Geheimpolitiker in Zivil, der den Auftrag hatte Franze zu bewachen.

„Bitte, kommen Sie mit mir, Herr Franz, nur für wenige Minuten“, flüsterte der Hausmeister. Ich möchte Sie gerne unter vier Augen sprechen.“

Widerstrebend folgte ihm Franz in sein Zimmer. Er wollte Einspruch erheben, aber selbst dieser Einspruch war so bescheiden, daß er ihn erst vordringen durfte, nachdem sie allein zusammen waren, mit einer geschlossenen Tür zwischen sich und den Teilnehmern der Unterredung.

„Wie scheint wirklich, Sie würden besser tun, gar nicht mit mir zu sprechen, Franze“, sagte er. „Wer bürgt Ihnen, daß ich Ihr Besten für mich behalte? Wenn Sie Ihren Herrn erschossen haben, damit er die Juwelen nicht nehmen kann, so ist das eine verzweifelte Tat, die mich tief betrübt. Aber ich kann Ihnen nicht helfen, kann nicht meine Worte zurücknehmen. Ich muß wahrheitsgemäß sagen, was ich über die leidliche Juwelensache denke, und möchte Ihnen nur raten stillzuschweigen, und sowohl mir als anderen gegenüber Ihren Mund zu halten. Ich möchte am liebsten gar nichts von Ihnen hören. Als ich von dem Schmutz sprach, konnte ich nicht vermuten, daß — doch nun! — Ich konnte es nicht mehr zurücknehmen, selbst wenn ich das wollte. Lassen wir daher die Dinge liegen, wie sie nun einmal sind. Ich weiß nichts, was ich auch vermuten mag und ich werde auch künftig so sprechen, als ob ich nichts wüßte.“

Der alte Mann starrte ihn verständnislos an. Pflüch aber kam Beben in sein Gesicht.

„Sie glauben ich hätte den Herrn erschossen?“ flüsterte er in großer Bestürzung. „Wollte Gott ich wäre es gewesen! Kennen Sie das Herr Franz?“

Er zog ein kleines, spärlichbehaartes Taschentuch hervor und reichte es dem jungen Mann. „Aber noch ehe Franz die gestrichelten Anzeichen durchsehen las, erkannte er den zarten Wohlgeruch, der dem Tuch entwich. Sein Gesicht wurde bleich.

„Und nun?“ fragte er mit bester Stimme.

Die Jagd- und Fischereirechte der Besatzung

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Ueber die Jagd- und Fischereiausübung der Rheinlandbesatzung hatten im Jahre 1925 in Koblenz Verhandlungen stattgefunden, die zu je einem Abkommen mit der Besatzungsbehörde über Jagd- und Fischerei führten. Die Abkommen wurden am 5. November 1925 in Koblenz unterzeichnet und sind am 12. März 1926 endgültig in Kraft getreten. Gleichgültig sind die bisher von der Besatzung einseitig getroffenen Regelungen über Jagd- und Fischerei, insbesondere Anweisung 22 der Interalliierten Rheinlandkommission über die Ausübung der Jagd- und Anweisung 16 über die Fischereirechte der Besatzung, endgültig beseitigt.

Die nunmehr in Kraft getretene neue Regelung bedeutet einen wesentlichen Fortschritt im Sinne der Rechtssicherheit und des Ausgleichs der Interessen im besetzten Gebiet. Die Besatzung hat auf Beschlagnahme der Jagd- und Fischerei verzichtet. Sie erhält in Zukunft Jagd- und Fischerei nur im Wege des Vertrages mit den deutschen Rechtsinhabern. Sie haben dabei eine Vergütung zu entrichten und zwar bei Gemeindegeldern den ordentlichen Postpreis. Tierschlich ist die Vergütung für die Fischerei geregelt. Die deutschen Jagd- und Fischereibestimmungen sind auch von der Besatzung zu beachten und bei Streitfällen wird die deutsche Jagd- und Fischereibehörde vermitteln. Auf Grund der Darlegungen beider Streitparteien kann ein gerichtlicher Jagd- bezw. Fischereiauspruch in Koblenz als Schiedsrichter entscheiden.

Rußland und die Abrüstungskonferenz

Wie die „Isvefista“ schreibt, sollte die Sowjet-Regierung es für notwendig erachten, zu erklären, daß Rußland an der Hauptkonferenz nicht teilnehmen werde, nachdem es von der Teilnahme an der Vorkonferenz ausgeschlossen war. Rußland werde sich an keine Entscheidung binden, die ohne Rußland getroffen sei, werde aber eine Kampagne einleiten, um das verächtliche Spiel zu enttarnen, das die Führer des Völkerbundes der Weltöffentlichkeit vorzumachen hofften. Verschiedene Staaten, besonders Frankreich und Polen, beabsichtigen, anzukündigen, daß sie unabhäglich abzurufen können, solange die Rote Armee besteht. Eine solche Ankündigung würde durch die Abwesenheit Rußlands auf der Vorkonferenz erleichtert werden.

Ein neuer Gegner des Faschismus

Wie verlautet, soll der italienische Vorkämpfer in Boris Kucana angeblich auch seinen Rücktritt erklärt haben, den er mit Gesundheitsrückfällen begründet habe. Der Hauptgrund dieses Beschlusses sei aber in der gegensätzlichen Auffassung des Vorkämpfers und seiner Regierung zu suchen, der die neue faschistische Politik gegenüber dem Vatikan nicht mitmachen wolle. In diesem Zusammenhang schreibt das „Deure“ die Außenpolitik Mussolinis und der Faschisten sei durchaus kriegerisch. Das Wort erinnert an die Besetzung von Korfu und an die jüngsten Verhandlungen mit Jugoslawien. Der Faschismus sei der Krieg.

Wieviel Truppen sehen in Südtirol?

Die „Innsbrucker Nachrichten“ hatten aus Südtirol berichtet, daß dort bedeutende Verstärkungen der italienischen Garnison stattgefunden hätten. Nach dem „B. T.“ wird von Berliner Seite dieser Meldung als nicht zutreffend bezeichnet. Eine Verstärkung der italienischen Truppen soll darnach „seit langem“ nicht erfolgt sein, und wie von italienischer Seite verneint wird, angeht auch nicht die Besatzung. Man kann nicht behaupten, daß dieses Dementi erschöpfend ist, und es wäre interessant, zu erfahren, wie hoch denn nun eigentlich der gegenwärtige Stand der Truppenzahl in Südtirol ist.

Kampfpause in China

Obwohl in Peking fast täglich Verwundete eintreffen, ist jetzt doch eine Pause in der Kampfaktivität eingetreten, die von beiden Parteien nicht nur zum Nachschub von Munition, sondern auch zu neuen Verhandlungen benötigt wird. Hupeifu und Tschangholin sind laut „Daily Telegraph“ bereit, ihrem Gegner eine goldene Brücke zu bauen und haben ihm zunächst 2 Millionen Dollar für den Friedensschluß angeboten. Der Generalinspektor der Jölle in Peking soll hier bereit erklärt haben, aus dem Konföderationsfonds der Jölle 1/2 Million Dollar zur Verfügung zu stellen, während die chinesischen Banken die restlichen 1 1/2 Millionen aufbringen wollen, um auf diese Weise in China wieder geordnete Zustände herbeizuführen.

Der Marsch auf Peking

Nach den aus Peking vorliegenden Meldungen rücken die streikenden Marschälle langsam gegen Peking vor, um so alle Nachschubwege in den geschlagenen Truppen zu vermindern und auch zu verhindern, daß die verweilende Soldateska auf Peking zugeht. Doch sei die Gefahr für Peking und seine Fremdenviertel noch nicht beseitigt, denn etwa 100.000 Mann der geschlagenen Nationalarmee, die sich gegenwärtig im Engpaß von Kankau stauen, könnten eigentlich nur noch nach Peking ausbrechen.

Franze, der argwöhnisch die Tür im Auge behielt, obſchon sie geschlossen war, stürzte kaum vernehmbar.

„Es lag neben dem Herrn, als ich ihn fand. Und deshalb schickte ich nicht zur Polizei. Ich wollte ihr Zeit zur Flucht lassen.“

Franz brachte einen Laut hervor, der ein Rachen bedeuten sollte.

„Das Taschentuch beweist nichts“, sagte er. „Meine Mutter kann Grenier nicht erschossen haben, da sie gar nicht im Hause war.“

„Sie war im Hause“, murrte er die Alte. „Ich selbst habe sie herein gelassen, und sie war im Speisezimmer, als der Herr mich nach seinem Handtuch in den oberen Stock schickte. Und Sie, Herr Franz, haben vor Gericht angegeben, aus welchem Grunde sie gekommen, und wie sie zu überführen sei. Denn die arme gnädige Frau hat die Martin-Juwelen geholt.“

XIV.

Die eine oder die andere.

Franz war es, als blickte sich das Zimmer im Kreise. Er griff nach der Ecke des Tisches, um nicht zu fallen und hatte nur ein unbestimmtes Bewußtsein, daß Franze ihn aufrecht erhielt. Aber was des Alten gebrochene Stimme flüsterte, vernahm er Wort für Wort.

„Ich hätte es Ihnen nicht so plüchlich sagen sollen.“ Mozte sich Franze an, „aber man kann ja keinen Augenblick sicher sein, ob uns nicht jemand in die Quere kommt. Halten Sie sich aufrecht. Lieber Herr! Ich möchte Ihnen gerne etwas Kognak bringen, doch wenn ich die Türe aufschließe, könnte man eindringen und unser Kleinfeld wäre zu Ende. Es wird Ihnen wohlter werden, wenn Sie sich setzen.“

Franz sank in den Stuhl, zu dem ihn der Hausmeister geführt hatte, und suchte sein tödliches Schwächegefühl zu bekämpfen.

„Es geht mir wieder gut.“ sagte er. „machen Sie sich meinethalben keine Sorgen. Wo ist meine Mutter jetzt? Was ist sie in jener Nacht nach Hause? Sie muß — falls alles wahr ist — unmittelbar nachdem ich sie verlassen hatte fortgegangen sein. Sie würde mir doch davon gefast haben.“

Franze wachte sich die Augen mit einem großen, dunkelroten Taschentuch.

„Es war meine Schuld, Herr Martin. Wollte Gott, ich hätte der armen, gnädigen Frau nicht gesagt, wo die Juwelen waren. Ich hätte Ihnen all das früher mitteilen sollen, aber ich habe gestern abend den letzten Zug verfehlt und konnte erst heute morgen bei Bohlen der Untersuchung zurückkommen, und dann war es zu spät dafür. Ich dachte nicht, daß Sie, gerade Sie, über den Schmutz sprechen würden. Es war nicht zum Aushalten, Herr Franz.“

Der Konflikt bei der Reichsbahn

Berlin, 31. März. (Von unſ. Berliner Büro.) Die Eisenbahner-Gewerkschaften haben in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, in dem Prozeß gegen die Reichsbahn auf Anerkennung des Schiedsrichters des Reichsarbeitsministeriums das Kammergericht anzurufen, das sich mit diesem grundsätzlich sehr wichtigen Fall zu beschäftigen haben wird. In der zweiten Instanz wird über die Frage, ob die deutsche Reichsbahngewerkschaft der Schlichtungsordnung und damit deutschen Behörden unterliegt oder nicht, entschieden. Sehr bekannte Wissenschaftler werden zu Wort kommen, deren Gutachten sehr eingehend werden soll. Der Prozeß hat bisher bereits einen Kostenaufwand von über 50.000 Mark erfordert, der, falls das Kammergericht anrufen werden sollte, sich auf mehrere Hunderttausend Mark vermehren wird.

Reichsgericht und Fememordprozeß

Berlin, 31. März. (Von unſ. Berliner Büro.) Die vom Reichstag beschlossene Aufhebung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik ist für den Völkervertrag in dem Prozeß an Bedeutung. Wie aus Leipzig berichtet wird, liegen die Akten dieses Verfahrens augenblicklich dem Oberreichsanwalt Ebermeyer vor, der sich darüber schriftlich zu melden hat, ob in dem Aufhebungsmaterial der Tatbestand des Hochverrats enthalten ist. In diesem Fall wird der Prozeß an das Reichsgericht abgegeben, andernfalls an das Schwurgericht Völkervertrag. Die Entscheidung dürfte von grundsätzlicher Bedeutung für die Behandlung der übrigen, noch schwebenden Fememordprozeße sein.

Letzte Meldungen

75 000 Mark für den Mainzer Dom

Darmstadt, 31. März. Der Finanzausschuß des hiesigen Landtages bewilligte zum Ausbau des Instituts für gelbe Chemie an der Technischen Hochschule zu Darmstadt 40.000 Mark und für die Arbeiten am Mainzer Dom 75.000 Mark. Der Brückenbau über den Neckar bei Wimpfen kann nach Mitteilung des Finanzministers als gesichert gelten.

Ein lausioer Einbrecher

Berlin, 31. März. (Von unſ. Berliner Büro.) Zu Raub hat sich seit 14 Tagen ein unheimlicher nächtlicher Gast bemerkbar. Der Berliner Kriminalpolizei ist eine Anzahl von Anzeigen zugegangen, die sich auf einen unbekanntem Einbrecher, der lausio wie auf Kopfenstein schleicht, beziehen. Der Unbekannte verhält es, auf rätselhafte Weise die Schlösser zu öffnen, ohne daß es jemand hört, und er bemerkt sich so, daß man selten jemand von den Wohnungsinhabern ermächtigt. Bei der ersten Anzeige wurde ein schlafendes junges Mädchen plötzlich dadurch geweckt, daß ihr der blendende Schein einer elektrischen Taschenlampe ins Gesicht fiel. Am Fußende des Bettes stand ein Mann. Als das Mädchen um Hilfe rief, versahm der Einbrecher plötzlich unhörbar. Man durchsuchte das ganze Gebäude, konnte aber keine Spur von dem Täter entdecken. Die Türen waren alle von außen wieder verschlossen worden. Nach den bisher gemeldeten Fällen scheint sich der Täter im Besitz einer scharfen Schere zu befinden, mit der er alle Sicherheitsketten ohne weiteres durchschneiden kann.

Verhaftung eines russischen Spions

Alga, 31. März. Außerordentliche Aufregung verursachte die Verhaftung eines hohen Beamten der Staatskontrolle Lettlands, der in dem Verdacht der Spionage zu Gunsten Sowjetrußlands steht. Die politische Polizei hatte den Spion aus einem Auto der hiesigen Kommissariatspolizei, in dem sich noch ein unbekannter befand, der sich erst nach langem Drängen als sowjetischer russischer Agent auswies. Eine Hausdurchsuchung bei dem verhafteten Beamten förderte viel Beliebiges zu Tage. Ähnlich wird, wie verlautet, abgerufen werden.

Brand in einem englischen Landſchloß

London, 31. März. Schon wieder ist ein altes, herrliches mittelalterliches Landſchloß abgebrannt. Das Feuer brach spät nachts aus und konnte erst gelöscht werden, als schon großer Schaden angedrückt war. Es handelt sich um Coles Hall nahe Clitheroe, dem Hauſe des Kapitäns Heaton. Coles Hall ist ein schönes, archaisches Schloß, etwa 1100 Jahre alt. Dasselbe ist das erste der ältesten nadeln berühmten Landſchloſſer, die in den letzten drei Monaten niederbrannten. Scotland Yard riefte jetzt einen besonderen Dienst ein, um den Grund dieser Brände festzustellen.

Die gefährlichen Farben. Die Reichsbahn hatte die Schloßbäume der Eisenbahnübergänge der zum Teil im Birkenfeld befindlichen Strecke Lürkemühle-Trier schwarz-weiß anstreichen lassen. Auf energischen Protest der Birkenfelder Regierung müßten sie jetzt in den alten bürgerlichen Farben neu gestrichen werden.

Handelsvertragsverhandlungen mit der Tscheko-Slowakei. Wie aus Prag gemeldet wird, hat die tschechische Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, mit Deutschland in Handelsvertragsverhandlungen einzutreten, die im Mai beginnen dürften.

„Ich kann es nicht verstehen“, unterbrach ihn Franz, „und kann es auch noch immer nicht glauben. Warum kam meine Mutter hierher?“

„Ich habe sie holen lassen, Herr Franz. Ich hatte am Nachmittag entdeckt, wo die Juwelen waren. Es muß gegen 6 Uhr kurz nachdem Sie Herrn Grenier auf der Terrasse gesprochen hatten, gewesen sein, denn er war ins Haus gekommen und hatte sich in seine Studierstube eingeschlossen. Ich hatte, wie Sie wissen, überall nach den Juwelen gesucht und plötzlich war mir die Tür gekommen, daß oben auf dem Bleistift im Speisezimmer hinter dem Schornstein viel Raum sei für alle die Equis. Ich verließ mich, daß der Herr in seiner Studierstube mit Papieren hantierte, richtete auf das Bleistift und griff mit der Hand hinter das Schornstein. Ich glaube, daß der ganze Schmutz dort war. Nebenbei beruhete ich mindestens ein halbes Duzend Equis. Ich war natürlich in Angst, der Herr könne kommen und mich oben sehen, und sprang wieder herunter, sobald ich mich überzeugt hatte, daß die Juwelen oben waren. Und was war nun zu tun? Obwohl der Herr kein Wort darüber gesprochen hatte, dachten wir alle an eine bevorstehende Verhaftung und nahmen an, er werde eines Tages durchgehen. Ich wußte, daß er selbstverständlich die Juwelen mitnehmen wollte, und schrieb Ihnen, Herr Franz, ein paar Zeilen, die ich dem Kaufburschen einhändigte, um damit nach Wirlonia zu rabeln. Ich hatte mich geirrt, die gnädige Frau zu beunruhigen, weil ich wußte, daß sie nicht wohl war, aber alle Einzelheiten deuteten auf eine rasche Abreise des Herrn, und da ich selbst nicht gerne die Juwelen berühren wollte, schrieb ich ihr doch und schickte den Brief durch Robert nach dem Pfarrhaus. Der Bursche brachte keine Antwort vor ihr. Vermutlich wußte sie selbst noch nicht, was tun. Aber ich fühlte, daß sie kommen werde, und schaute rasch ihr aus. Und kurz vor zehn Uhr kam sie. Sie war in großer Eile den ganzen Weg zu Fuß gegangen, um noch vor des Herrn Abreise einzutreffen. Er war noch in seiner Arbeitsstube, und während sie in das Speisezimmer ging, stand ich in der Halle auf Wache. Da öffnete nach wenigen Minuten der Herr die Türe und schickte mich in den oberen Stock, um seinen Handtuch zu holen. Ich wußte mir gar nicht zu raten, aber der Herr stand und wartete, und ich mußte gehen. Als ich wieder herabkam und die Stiege hinauf schloffen fand, mochte ich schnell ins Speisezimmer schlüpfen, um die gnädige Frau zu warnen, jedoch der Herr kam rasch aus seinem Zimmer und schickte mich nach der Wache. Ich hätte mich warnen sollen, weil ich wußte, daß er mich aus dem Hause schickten wollte, um im Speisezimmer die Juwelen zu holen. Ich hätte bleiben müssen, um der gnädigen Frau beizustehen. Aber nie hätte ich an eine Gewalttat gedacht.“ (Fortsetzung folgt)

Wirtschaftliches und Soziales

Eine Denkschrift über die Redaktionskassation

Dem Reichstag ist vom Verkehrsministerium eine Denkschrift über die Kassation der Redaktionskassen vorgelegt, die nach ausführlicher Schlichtung der Sachlage zu folgenden Schlüssen kommt:

1. Der Ausbau des Redaktionswesens ist eine alle, bis in das vorläufige Jahrhundert zurückliegende Forderung der südwestdeutschen Wirtschaft und war bereits Bestandteil des großen Wasserstraßenbauprogrammes, das in dem Reichsgesetz vom 24. Dezember 1911 aufgestellt war. Der Ausbau ist 1920 erneut beschlossen und staatsvertraglich festgelegt, nachdem eine konsultative Prüfung die Brauchbarkeit des Unternehmens annehmen ließ.

2. Der Einwand, daß sich die Verhältnisse seit Beendigung des Krieges grundlegend verändert hätten, ist nur insoweit begründet, als die im Jahre 1920 angenommenen Einnahmen aus den Wasserstraßen infolge Einkens der Rohstoffe und besserer wärmerwirtschaftlicher Ausnutzung der Kohle in dieser Höhe nicht mehr zu erwarten sind und die Baukosten eine Steigerung erfahren haben. Der Verkehr, zu dessen Befriedigung in erster Linie der Ausbau des Redaktionswesens ist, ist nach der Eisenbahnkassation des Jahres nach dem Krieg im Steigen begriffen und hat sogar eine Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen.

3. Dem Einwand, den nicht nur arbeitsfähige Kassationsgegner, sondern auch solche Vertreter der Wirtschaft erhoben haben, die früher einen stärkeren Ausbau der Wasserstraßen anforderten und auch jetzt noch eine aktive Wasserstraßenkassation für richtig halten, daß es nicht anständig sei, in der gegenwärtigen Krisenzeit erhebliche Geldmittel für Wasserstraßenbau zu investieren, haben die beteiligten Realisatoren in dem ihnen mündlich ermittelten Umfange Rechnung getragen. Der Plan, der im Jahre 1920 faßt, die ganze Strecke von Mannheim bis Biedenheim in etwa 12 Jahren auszubauen, und der dazu führte, daß man an den verschiedenen Stellen des Streckenlaufes alsbald mit den Arbeiten begann, ist aufzugeben. Das Bauprogramm ist vorläufig auf dem Abschnitt von Mannheim bis Biedenheim beschränkt worden. Die Bauzeit ist so weit gestreckt, als es mit einer wirtschaftlichen Bauausführung eben noch vereinbar erscheint. Der Wirtschaft sollen für das Redaktionsunternehmen noch Mittel nicht mehr entzogen werden als unter billiger Berücksichtigung der von anderen Seiten an den Kapitalmarkt herangetragenen Anforderungen aus dem normalen Kapitalbildungsprozess in Anspruch genommen werden können.

4. Der Einwand, daß die Industrie einen Neubau von Verkehrswegen nicht brauche, daß sich die Produktionsbetriebe in einem Umstellungszustand befinden, der nicht eine Erweiterung der Anlagen, sondern eine Ausschaltung unwirtschaftlicher und veralteter Werke zum Ziele habe, da die Erhaltung der Industrie in den deutschen Ausfuhrländern und die Vermeidung der Weisheitskraft die volle Beschäftigung schon des vorhandenen Produktionsapparates nicht mehr gewährleisten, trifft auf die im Redaktionskassationsgesetz vorgesehene Industrie nicht zu. Die württembergische Industrie befindet sich, wie die Verkehrswirtschaft und die Kurven der Arbeitslosigkeit ergeben, in einer ruhigen, ansteigenden Entwicklung.

5. Die an sich verständlichen Besorgnisse der Untertassenskreise, daß durch den Ausbau des Redaktionswesens das historische Landschaftsbild am Heidelberger Schloß seiner romantischen Schönheit beraubt werde, sind unbegründet. Die alte Karl-Theodor-Brücke wird durch die Kassationsarbeiten überhaupt nicht berührt. Soweit die fertiggestellte Staustufe bei Weiblingen in Frage kommt, kann schon heute gesagt werden und wird von maßgebenden Bauinspektoren anerkannt, daß durch die Staustufe, die bis unter das Heidelberger Schloß reicht, das Landschaftsbild nicht geschädigt wird. Für das in Heidelberg zu bauende Wehr ist auf Grund eines Bescheidens durch ein Preisgericht, dem auch Vertreter des Heimatschutzes angehört haben, festgestellt, daß es Lösungen gibt, die für das Landschaftsbild eher einen Gewinn als eine Schädigung bedeuten.

Stufenweiser Abbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft in Württemberg

Eine kleine Anfrage des Abgeordneten Scheef (D.D.B.) über den Abbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft hat das württembergische Ministerium mit folgender Beantwortung: Die Befreiung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wird vom Staatsministerium mit Nachdruck erbetet. Die noch immer bestehende große Wohnungsnot läßt jedoch eine unvermittelte Befreiung der bestehenden Wohnstätten nicht zu, ohne zahlreiche Familien schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis und unter Umständen der Gefahr der Obdachlosigkeit auszuliefern. Aus diesem Grund kann nur ein planmäßiger, stufenweiser Abbau der Zwangsbestimmungen erfolgen. Das Staatsministerium hat schon öfters diesen Standpunkt bei den zuständigen Reichsstellen vertreten und wird dies auch künftig tun. Die teuren Wohnungen und die Geschäftsräume sind aus den Zwangsverordnungen des Reichsministeriums und des Ministeriums des Innern in weitem Umfang durch die Verordnung des Ministeriums des Innern über gesetzliche Miet- und Mieterchutz vom 26. Februar 1926 herausgenommen worden.

Unbekannte Gespräche Bismarcks

Wir lesen die hochinteressantesten Veröffentlichungen unbekannter Gespräche Bismarcks (vergl. Samstags-Abendblatt) aus dem neuen Buch des Heidelberger Historikers Prof. Dr. Billy Andreas (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin) mit weitestgehendsten Quellen, zugleich zum Gedächtnis des morgigen 111. Geburtstages des größten deutschen Staatsmannes aller Zeiten.

Schiffahrt

Aus den Tagebüchern der Frau von Spigemberg ist noch folgende Eintragung beachtlich: Sonntag, 2. Dezember 1883 in Friedrichshagen: Bei einer Episode, die Bromant anlässlich von Hocherfolgen in Mey erzählt, kam der Fürst auf Deutschland zu Lande zu Lande zu sprechen, die er leider sehr schwarz ansieht. Er sagte: „Dies Volk kann nicht reizen! Die was haben, arbeiten nicht, nur die Hungrigen sind fleißig, und die werden uns freuen. Ich sage dies ohne Bitterkeit und ganz ruhig: Ich sehe sehr schwarz die Deutschlands Zukunft. Wenn die „Furchen und Wälder“ (d. h. die Deutschländer) aus Ruher kommen und von oben her protegiert werden, so fällt alles wieder auseinander. Sie sind alle heimlich und enge, keiner wirkt für das Ganze, jeder stoppt nur an seiner Professionsmutter.“ — „Aber“, entgegenetzte Schweinitz, „Preußen wird immer reifen können, und die Jugend, die in den großen Traditionen erwachsen ist, auf die zähle ich.“ — „Ja“, meinte der Fürst, „aber auch von der Jugend sind drei Viertel angekränkt von Gifte des Materialismus und der Genusssucht.“ — „Aber“, meinte Schweinitz, „bemerke Schweinitz, bemerke Schweinitz.“ — „Geh, aber wer wird sie rufen?“ — „Mir sind die Alten lieber als die ganze Jugend!“ sagten ich und Böttcher in einem Atem. Sehr ernst und ergriffen gingen wir auseinander. Die Fürstin fügte bei, daß Bismarck oft: „Nichtlang simuliere, wenn er schel, band sein Wort überlassen könnte und keinen Linder.“ Sie sind so eng, so eng!“ sagt der große Mann. Abends, als ich mit Schweinitz offen war, kam er auf dieses Gespräch zurück und sagte zu bemerken, daß dieses Gespräch an dem Vaterlande doch ein Unrecht sei; aber auch er vermochte nicht die großen Bedenken zu laugnen, die des Kronprinzen (Friedrich) Hochmut und überrollende Regungen sowie der Kronprinzessin Religionslosigkeit für die nachfolgende Zeit hervorriefen.

Aus den Gesprächen mit dem Hausarzt Dr. Eduard Cohen: 15. Oktober 1880 in Friedrichshagen: Der Kronprinz ist ein unglücklicher und beschwerdener Mensch, aber sehr eitel. Der Kaiser hatte nie mit seinem Sohn über die Dotation nach dem Kriege 1870/71 sprechen mögen. Bismarck fragt an, der Kaiser meinte es geniere ihn den Sohn zu fragen, Bismarck erbot sich, dies zu tun. Der Kronprinz

Städtische Nachrichten

Moderner Zeichenunterricht an der Volksschule

Im heutigen Unterricht an der Volksschule nimmt auch das Zeichnen eine bedeutende Stelle ein. Das heranwachsende Geschlecht soll nicht nur mit dem zu seinem Fortkommen nötigen Wissensstoff ausgestattet werden, es soll auch, soweit es im Rahmen der Volksschule möglich ist, zur harmonischen Ausbildung aller Sinne und des Geistes auch zum Ausdruck bringen können. Nicht Künstler sollen durch die Volksschule herangezogen werden, aber Menschen mit klaren Augen und sicherer Hand, die das, was in ihrem Innern als wichtiges Erlebnis hervortritt, auch noch außen hin darstellen können. Ueber das Ziel, das der Zeichenunterricht in der Volksschule erreichen soll, heißt es im Unterrichtsplan: „Erziehung zum richtigen Sehen und zu einer klaren Auffassung der Dinge. Pflege des Formen- und Farbensinnes durch Übungen nach der Anschauung und aus dem Gedächtnis. Förderung des guten Geschmackes und des Verständnisses für das Schöne in der Natur und in den Schöpfungen der Kunst.“ Dazu gehört aber ein Lehrer, der volles Verständnis für das sinnliche Ausdrucksermögen besitzt, der die Schwächen der kindlichen Zeichnungen nicht belächelt oder gar hart kritisiert, sondern der auch in ungeschickten und unbeholfenen Zeichnungen kindliches Wollen und Können sieht und der das Kind anzuspornen weiß, stets etwas Besseres zu schaffen und die früheren Ansätze zu verbessern. Er gibt ihm Mut und Selbstvertrauen und weist es auf den rechten Weg zu leiten. Das Kind aber sieht in ihm seinen väterlichen Berater und nachsichtigen Beurteiler. Auch der moderne Zeichenunterricht schreibt den einzelnen Schülern ihre Ziele vor; aber innerhalb dieser Stoffbegrenzung bleibt noch Bewegungsfreiheit übrig, um das Erlernte an selbstgewählten Vorbildern aus der Natur oder aus dem Erlebten und der Phantasie zum Ausdruck zu bringen. Da kann das Kind dann viel schaffen. Es kann mit Blei oder Buntblei, mit Kohle oder mit Wasserfarben seine Bilder herstellen und bei der Anwendung der Farben merkt es bald selbst, daß ihre Zusammenstellung nicht nach Belieben geschieht, sondern daß auch bei den Farben ein ungeschicktes Gebrauchen beachtet werden muß, wenn eine gewisse Wohlgefallenheit im Bilde zum Ausdruck kommen soll.

Wer sich mit eigenen Augen überzeugen will, welche schönen Erfolge ein modern geleiteter Zeichenunterricht aufzuweisen hat, wer die reiche Phantasie und die Gestaltungskraft unserer Jugend kennen lernen will, dem sei der Besuch der Ausstellung von Schülerzeichnungen in der Volksschule sehr empfohlen. Hier hat Zeichenlehrer Brog einige hundert Arbeiten von Schülern des 6. bis 8. Schuljahres (Knaben und Mädchen), ausgestellt, die nicht nur die Bewunderung des Laien, sondern auch die Aufmerksamkeit des Fachmannes und Kunststellers erregt. In allen drei Jahrgängen wurde das perspektivische Zeichnen geübt. Wir finden als Motive: Häuser, Bäume, Schiffe, Menschen und verschiedene Stillleben, Küchertöpfe, geöffnete Schrank mit Inhalt, Wagenrad (eine ganz hervorragende Leistung) u. a. m. Studien an lebenden Tieren wie Hund und Pferd erregen unsere Aufmerksamkeit. Woher aber wurde das lebende Modell genommen? Hinter dem Schulhof ist der Wochenmarkt. Ein Bauer ist so freundlich und stellt sein Pferd in den Schulhof. Bald sitzen 20, 30 und noch mehr Kinder um das ruhige Tier herum und finden schnell das Charakteristische heraus und bringen es ganz oder in einzelnen Teilen aufs Papier. Bald darauf folgt die Anwendung. Vom Redaktionsamt aus sehen die Schüler dem Pferderrennen zu und in einer der nächsten Stunden wird die Aufgabe gestellt, das Rennen aus dem Gedächtnis darzustellen. Wie klar da manche Kinder beobachtet haben und welche Darstellungskraft ihnen schon eigen ist, davon geben diese Zeichnungen den besten Ausdruck. Auch der Rad- und Kadersport findet seine Darsteller, Straßenbilder, Wochen- und Jahrmärkte, sowie das Volkstanzstreifen sind in zahlreichen Bildern, von denen aber keines dem andern gleicht, vorhanden. Hier hat die Phantasie ein reiches Tätigkeitsfeld, wie auch bei der Veranschaulichung von Märchen und Erzählungen. Das die Kinder den Rikokus, das Weihnachtsfest und den Osterbären gerne zum Gegenstand ihrer Darstellung wählen, ist selbstverständlich. Auch die Darstellung des Menschen wurde fleißig geübt und dann angewendet. Unten auf der Straße wird ein neues Plakat gezeichnet. Eine Menge Arbeiter sind beschäftigt. Mit dem Zeichenblock gehen die Schüler hinab und bald haben sie in wenigen Strichen diese Szene auf ihrem Blatt gezeichnet.

Ein gutes Vorbildern fehlt es den Kindern auch nicht. Ihr Lehrer selbst ist ausübender Künstler und erklärt ihnen das eine oder andere seiner Werke. Die neben dem Schulbau liegende Kunsthalle wird fleißig besucht und so erlangen die Kinder immer neue Anregungen und Maßstäbe für die Beurteilung ihres eigenen Schaffens. Auch der Scherenschnitt ist in einigen Proben vorhanden. Eristisch ist die Leistung eines Knaben, der einen „Fremdkörper“ ohne Vorsehung aus freier Hand schneiden konnte. Die reißbare Kunst ist durch vier Arbeiten eines ganz besonders Begabten vertreten. Wie tief empfunden und psychologisch ausgeführt ist doch „Das Heimweh“! Auf einem hohen Felsen ist im Dunkel leuchtet eine Gestalt und schaut voll Sehnsucht hinüber in das in vollem Licht liegende Land der Beherung. Die Fülle der Blätter zeigt uns, daß hier nicht eine mühevoll, den Kindern aufzugelegene Arbeit geleistet wurde, sondern daß die Schüler mit freudigen Schöpfen, so daß in der kurzen Zeit von einer Zeichenstunde vielfach ein Blatt gefertigt wurde. Den Zeichnungen, die durch ihre Sauer-

leuchtungen, merkt man es auch an, daß sie eigenem Erleben oder Gehäuten entstammen, denn funderfüllt sind sie fast alle und das ist das Richtige. Beinahe hätte ich das Ornament vergessen. Aus Schmetterlingen, Blumen und andern Naturformen, in überaus feiner und naturforbiger Wiedergabe wird im Kreis, im Quadrat oder im Dreieck das Ornament gezeichnet, das von den Knaben als Vorlage für Wandtafeln, Buchdeckel, Kellnergeschichten oder als Tapetenmuster, von den Mädchen für Handarbeiten, wie Tischmüster, Kofferdächer, Krüge usw. verwendet wird.

So bieten die Zeichnungen der Volksschule ein freundliches und erfreuliches Bild vom modernen Zeichenunterricht. Vielfachen Wünschen entsprechend ist die Ausstellung noch bis Samstag und zwar jeweils von 11—1 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags geöffnet, wobei Herr Brog sich gerne als Führer zur Verfügung stellt.

Vom Sonnenbad Mannheim E. V. zum Städtischen Sonnenbad Mannheim

Man schreibt uns: Im Herbst 1923, gerade als das Milliarden-Papiergeld-Wend der deutschen Währung den tiefsten Stand erreicht hatte, ward das bisher vom Verein für Gesundheitspflege am Thiloobenberg betriebene Licht-, Luft- und Sonnenbad durch die neuen Straßensätze der sich erweiternden Oststadt überbaut und mußte weichen. Güter Rat war teuer. Die Stadt war damals noch der Reimuna, die Errichtung und der Betrieb eines Sonnenbades in städtischer Verwaltung sei nicht tunlich, obgleich in solch miserabler Zeit nicht zu den Aufwänden einer sich beschleunigenden mündigen Kommune. Da blieb nichts anderes übrig, als trotz allem die Gründung eines neuen Zweckvereins zum Betrieb des Sonnenbades auf möglichst breiter Grundlage und von gänzlich neutralem Charakter zu wagen. Noch im Februar 1924 ward der Sonnenbad Mannheim E. V. aus der Taufe gehoben. Er hat in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Mannheim und mit Hilfe anderer Stellen und Vereine keine Aufgabe erledigt gelöst: Er hat auf kleinstem Grund und Boden an der Sedanstraße ein geräumiges Licht-, Luft- und Sonnenbad errichtet, das allen billigen Wünschen gerecht wird, das im Sommer Tausenden abwechselnder Großstadtmenschen Erholung und Erfrischung spendet und das mit seinem Sport- und Sozialraum namentlich für die Kinderwelt schöne Gelegenheiten bietet bei so frühlichem Getummel. Zwei dem Vereine förderlich beteiligte Verbände haben ihm dies Ziel zu erreichen wesentlich erleichtert: Der Verein für Gesundheitspflege, der zuerst unter dem Namen Naturheilverein, der guten Sache des Kreisläufers schon fast fünf Jahrzehnte in Mannheim den Boden bereitet hat, und sodann die Gesellschaft der Verein. Beide Verbände haben durch die Ideelle und materielle Förderung des Vereins ihm und damit der Sozialpolitische Mannheim einen sehr großen Dienst erwiesen.

Der städtische Stadtrat und sein Vorarlände sind für nichtgewerbliche Zwecke das Hauptausbehnungsgebiet der in ihrem Hauptzweck einzuereichen Stadt. Im Räume zwischen Sedanstraße — Stadtpark — Rennbahn — Kießbahn plant die Stadt ein archaisches, einheitliches Spiel- und Sportanlagen, gruppiert um ein Stadion. Unter Verein aber ich schon mitten drin in diesem Gelände. Die Stadt wolle von vornherein die verwandte Aufgabe des Betriebes eines Licht-, Luft- und Sonnenbades mit dem neuen, arbeitslosen, eigenen Projekt organisch verbunden haben. Da trat der Verein an die Stadt heran mit der Anregung, es möchte amends leistungsfähiger Bewältigung und einheitlicher Lösung der Gesamtanfrage die Stadt doch nunmehr die Verwaltung des Sonnenbades mit übernehmen. Da die Finanzlage des Vereins durchaus gesund war — die Aktiva überstiegen nach der Schätzung der Stadt die Passiva um mehrere tausend Mark —, so wollte die Stadt gern in dies Angebot. Vom April ab ist das Licht-, Luft- und Sonnenbad städtisch, der Sonnenbadverein aber kann nunmehr in dem Bewußtsein, zur Stunde der Gefahr in die Breite auszurennen und die gute Sache eines gemeinnützigen Sonnenbades durch die schwerste Zeit hindurch aufrechtzuerhalten zu haben, sich auflösen. Dankbar ist es zu bedauern, daß die Stadt, um das Bad immer noch mehr zu einer echten Volkssache zu machen, die mobilsten Teile des Sonnenbades noch wesentlich herabzusetzen hat. Möge alsbald eine warme Osterkonne und ein froher Aufstrom vieler Osterkonnegänger und Badegäste ihr Dank willen!

Bilder im Keller

Aus dem Leserkreis wird uns unter Begünstigung auf den Artikel im gestrigen Mittagsblatt geschrieben: Vor ungefähr 10 Jahren war ein alter Schulfreund von mir aus Amerika hier zu Besuch. Selbstverständlich wurde auch die Städtische Kunsthalle besucht. Ich wollte ihn vor allem auch das Leigende „Verhalten“ unseres Schulfreundes, des Malers August Diessenbacher in München, zeigen, aber auch mir bekamen zur Antwort, daß Bild befindet sich im Keller. Mein Freund und ich waren tief betroffen über diese Auskunft. So viel mir bekannt, wurde das Bild inzwischen an einen Gutbesitzer auf der Heilbronnheimer Insel verkauft. Unser ungeschicklicher lieber Oberlehrer und der Maler August Diessenbacher in München (Mannheimer Kind) hätten doch wahrlich ein etwas heftigeres Andenken durch die Stadtgemeinde verdient. Es darf wohl angenommen werden, daß sich der Direktor der Kunsthalle zu der peinlichen Angelegenheit, die u. B. mit der Raumnot zusammenhängt, äußert.

das habe er ihm versprochen, als der König ihn mit Tränen zum Weiden aufgefordert. Er betrachte das als seine Pflicht. Hebrigens sei es sicher, daß wenn die Fortschrittsleute an die Regierung kämen, sofort Krieg ausbrechen würde. Das seien Dichter, Improvisatoren, aber keine Staatsmänner. Solange Bismarck am Ruder sei, hätten ihn alle Parteien mit Rat geworfen. Die einen nennen ihn einen Antifemiten, die andern werfen ihm vor, daß er ein Freund Reichsruhrs sei. Die einen heißen ihn Reaktionär, die andern einen Abtreiber. Es kommt daher, weil er gar kein Partei angehört, sondern nur seinem Könige und dem Vaterlande denken dienen wolle.

Gespräch am 13. Oktober 1883: Die niederträchtigen Verleumdungen der Fortschrittsparteien, die sich gegen sein Privatleben richten, kann er noch immer nicht vergessen. Selbst die Franzosen, die ihn als ihren politischen Freund hielten, bedrückten ihn anständiger als seine Landsleute. Die Kaiserin hat jetzt eine wahre Tintenbluterei, sie ist nicht ruhig, wenn sie ihren Namen nicht täglich gedruckt lese.

Gespräch am 12. Mai 1882: Zu Windthorsts Äußerungen in seiner Tabakrede, daß das Reich die Einheitsfront befördere, daß er deshalb dagegen sei, bemerkte Bismarck, daß Windthorst eigentlich das Reich meine. Er, Bismarck, sei mit dem jetzigen Reich zufrieden, habe nie den Einheitsfront als sein Ziel betrachtet, halte ihn auch bei einem vollständigen Staat wie Bayern für unmöglich. Auf einige Kleinigkeiten mehr könne es ihm gar nicht an. Wann 1866 ein bundesfreundlicher König in Hannover oder ein solcher Herzog von Nassau gewesen wäre, so hätte er gar nicht an Annexion gedacht!

Bismarcks Gehalt beträgt achtzehntausend Mark, er gebraucht aber zwischen fünfzig und sechzigtausend Mark. Der Kaiser lud ihn ein, am 27. Mai in Berlin die neuen Formen mit einzusehen. Es würden bestimmte Regeln mit seinem Namen und Wappen bezeichnet werden. Bismarck lehnte dankend ab, er hätte keine Lust mehr, zu solchen Dekorationen zu dienen.

Kunst und Wissenschaft

© Vom Kleber Hebbelmuseum. Die Stadt Kiel, als Hauptstadt von Hebbels Heimatprovinz, hat die Originalmanuskripte der umfangreichen Korrespondenz Friedrich Hebbels und seiner Gattin Christiane aus dem Besitz der Nachkommen von Hebbel im Jahre 1922 verlorbenen einziger Tochter erworben. Die vollständige Sammlung, die u. a. den Briefwechsel mit Robert und Clara Schumann über Genöden“ als Oper enthält, wird den Grundstücken zu einem Kleber Hebbel-Museum bilden, das am 8. Mai während der Tagung des Deutschen Bühnenvereins eingeweiht werden soll.

Die Gobelins sind da!

Die vielumstrittenen Gobelins für den Bürgerauschuss sind Anfang dieser Woche endlich aus Italien eingetroffen...

Städtische Krankenanstalten. Wegen der Befetzungszeit im städt. Krankenhaus und im Spital für Lungentranke...

Eine praktische Osterfreude. Um den an Ostern aus der Schule entlassenen Knaben eine Freude zu bereiten...

Lebensrettung. Gestern nachmittag fiel beim Spielen bei der Sommerstraße ein 7 Jahre alter Schüler ins Wasser...

Zusammenstöße. Eine Sandhofer- und Hasenbahnstraße fuhren gestern nachmittag ein Personenkraftwagen und ein Motorradfahrer zusammen...

Sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Heinrich Bang begehrt am morgigen Donnerstag Karl Schwämmle...

Seinen 80. Geburtstag feierte am 1. April Lagermeister z. D. Hermann Hofmann, Rönchwörthstraße 196...

Das Fest der silbernen Hochzeit begehrt heute Hofschermmeister Anton Fischer mit seiner Ehefrau Eva geb. Sponagel...

Film-Rundschau

Ld. Ufa-Theater, P 6. Der Bildstreifen bringt diesmal „Die Drei in die Dame“, nach einem Roman von Soen Ekestedt...

mile ganz gehört. Das Werk ist reich an spannenden Momenten in einer sorgfältig aufgebauten Handlung...

Alhambra. Das arabisch-orientalische Schwelgen. Gemaltig und nachhaltig ist die Wirkung dieses Expeditionsfilms...

H. Palast-Theater. „Die Jekusprinzessin“. Der Roman einer kleinen Aristin in sieben Akten...

Osterverkehr auf der Reichsbahn. Wie machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die auf der Reichsbahn von Gründonnerstag...

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Table with weather data including location, temperature, wind, and precipitation for various stations like Karlsruhe, Rastatt, and Badenweiler.

Der Vorübergang der Kaltfront erfolgte in den gestrigen Spätnachmittagsstunden, wobei es in der südlichen Rheinebene auch zu Gewitterbildungen kam...

Wetterausblick für Donnerstag, 1. April. Zunächst vielfach heiter bei zunehmender Erwärmung...

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Fischer. Druckerei Dr. Haas, Neue Mannheimer Zeitung G. m. b. H., Mannheim, E. 1, 2.

Advertisement for 'KLEINES KURSBUCH FÜR MANNHEIM-LUDWIGSHAFEN-HEIDELBERG' featuring an image of a train.

Wenn einer eine Reise tut, so ... nimmt er sich auf alle Fälle einen zuverlässigen Taschenfahrplan mit.

Large advertisement for 'Kölnisch Wasser' featuring an illustration of a woman and text describing the product's benefits for skin and health.

Advertisement for 'Vermischtes' including items like Kau-Gummi, Fahrräder und Nähmaschinen, Sommer-Sprossen, and Honig.

Advertisement for 'Onkel Stuvkamp' featuring an illustration of a man and text promoting health products like Stuvkamp-Salz.